LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN

17. Wahlperiode

09.10.2017

Neudruck

Tagesordnung

Sitzung
des Landtags Nordrhein-Westfalen
am Mittwoch, 11. Oktober 2017
vormittags: 10.00 Uhr

Mittwoch, 11. Oktober 2017

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Verpflichtung

eines Abgeordneten gemäß § 2 Absatz 2 GO

 Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2017 (Nachtragshaushaltsgesetz 2017)

> Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 17/538

Beschlussempfehlung und Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 17/821

2. Lesung

in Verbindung damit

Beratungsverfahren

je Fraktion 10 Minuten Landesregierung 10 Minuten

Gesetz zur Änderung haushaltswirksamer Landesgesetze (Haushaltsbegleitgesetz 2017)

Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 17/539

Beschlussempfehlung und Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 17/822

2. Lesung

in Verbindung damit

Das derzeitige System der Finanzierung von Krankenhausinvestitionen muss grundlegend überarbeitet werden! Investitionsstau bei Krankenhäusern abbauen ohne Kommunen mehr zu belasten!

Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/811 Abstimmung erst nach 3. Lesung Nachtragshaushaltsgesetz 2017 am Donnerstag.

Überweisung an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales - federführend -, an den Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen, an den Haushalts- und Finanzausschuss sowie an den Innenausschuss; die abschließende Abstimmung soll im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen.

11.00 Uhr

2. Die Stahlsparte von Thyssenkrupp muss in Nordrhein-Westfalen bleiben!

Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/809

Beratungsverfahren

Block II

direkte Abstimmung

12.10 Uhr

3. Nordrhein-Westfälische Schweinehaltung neu gestalten – Bäuerinnen und Bauern auf ihrem Weg zu einer artgerechten Tierhaltung unterstützen!

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN Drucksache 17/806

Beratungsverfahren

Block II

Überweisung an den Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz; die abschließende Abstimmung soll dort in öffentlicher Sitzung erfolgen.

13.20 Uhr

4. Nordrhein-westfälische Regionen unterstützen und unabdingbare Transparenz gewährleisten - Tihange abschalten!

Eilantrag auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP Drucksache 17/849

Beratungsverfahren

Block I

13.50 Uhr

5. Fragestunde

Mündliche Anfragen Drucksache 17/823

14.50 Uhr

6. Fünftes Gesetz zur Änderung des Polizeigesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 17/491

Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses Drucksache 17/824

Beratungsverfahren

Block I

2. Lesung <u>15.20 Uhr</u>

<u>7.</u> Kinder- und Jugendförderplan erhöhen – Fördervielfalt ausweiten!

Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/813

Beratungsverfahren

Block I

direkte Abstimmung

15.50 Uhr

8. Entlastung der Polizei und Justiz durch Einstufung des Schwarzfahrens als Ordnungswidrigkeit

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN Drucksache 17/798

Beratungsverfahren

Block I

direkte Abstimmung

16.20 Uhr

9. Nordrhein-westfälische Interessen mit starker Stimme in Brüssel vertreten – Gestaltung des mehrjährigen Finanzrahmens und der Kohäsionspolitik nach 2020 im Sinne des Landes ausrichten

Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP Drucksache 17/807

Beratungsverfahren

Block I

Überweisung an den Ausschuss für Europa und Internationales - federführend -, an den Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung, an den Haushalts- und Finanzausschuss sowie den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales; die abschließende Abstimmung soll im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen.

16.50 Uhr

10. Europafeindlichem Populismus entschieden entgegentreten

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN Drucksache 17/805

Beratungsverfahren

Block I

direkte Abstimmung

17.20 Uhr

11. Gesetz zur Sicherung der Akkreditierung von Studiengängen in Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 17/494

Beschlussempfehlung und Bericht des Hauptausschusses Drucksache 17/842

2. Lesung

Beratungsverfahren

Block I

17.50 Uhr

12. Gebrochene Wahlversprechen und kein Ende:

Was tut die Landesregierung gegen die Staus in Nordrhein Westfalen?

Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/812

13. Anforderungen der Enquete-Kommission zur Zukunft der Familienpolitik umsetzen: Familienpolitik auf Basis von Zahlen und Fakten weiterentwickeln

Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/814

14. Demokratie leben, Demokratie schützen, für Demokratie werben - Politische Bildung muss alle mitnehmen!

Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/815

Beratungsverfahren

ohne Debatte

Überweisung an den Verkehrsausschuss; die abschließende Aussprache und Abstimmung sollen nach Vorlage der Beschlussempfehlung erfolgen.

Beratungsverfahren

ohne Debatte

Überweisung an den Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend; die abschließende Aussprache und Abstimmung sollen nach Vorlage der Beschlussempfehlung erfolgen.

Beratungsverfahren

ohne Debatte

Überweisung an den Hauptausschuss - federführend -, an den Ausschuss für Kultur und Medien sowie an den Ausschuss für Schule und Bildung; die abschließende Aussprache und Abstimmung sollen nach Vorlage der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschuss erfolgen.

15. Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Umsetzung des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes in Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 17/750

1. Lesung

Beratungsverfahren

Einbringung

Landesregierung

5 Minuten

Überweisung an den Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen - federführend - sowie an den Haushalts- und Finanzausschuss

17.55 Uhr

16. Gesetz zur Rettung der Trägervielfalt von Kindertageseinrichtungen in Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 17/751

1. Lesung

Beratungsverfahren

Einbringung

Landesregierung

5 Minuten

Überweisung an den Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend - federführend -, sowie an den Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen

18.00 Uhr

17. Verfahren über die Verfassungsbeschwerden

- I. des Herrn R. S. Bevollmächtigter: Rechtsanwalt Thorsten Bölck, Bahnhofstraße 11, 25451 Quickborn –
 - 1. unmittelbar gegen
 - a) den Beschluss des Bundesverwaltungsgerichts vom9. Juni 2016 - BVerwG6 C 37.16 -,
 - b) das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 18. März 2016 - BVerwG 6 C 7.15 -,
 - c) das Urteil des Oberverwaltungsgerichts für das Land Nordrhein-Westfalen vom 12. März 2015
 - 2 A 2423/14 -,
 - d) das Urteil des Verwaltungsgerichts Arnsberg vom 20. Oktober 2014
 - 8 K 3353/13 -
 - 2. mittelbar gegen
- § 2 Abs. 1 des Rundfunkbeitragsstaatsvertrags vom 15. Dezember 2010 (RBStV) in Verbindung mit dem Nordrhein-Westfälischen Zustimmungsgesetz

1 BvR 1675/16

- II. des Herrn B. A. Bevollmächtigter: Rechtsanwalt Prof. Dr. Thomas Koblenzer, Königsallee 14, 40212 Düsseldorf
 - 1. unmittelbar gegen
 - a) das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 25. Januar 2017 – BVerwG 6 C 11.16 -.
 - b) das Urteil des Verwaltungsgerichtshofs Baden-Württemberg vom 3. März 2016 – VGH 2 S 386/15 -,
 - c) das Urteil des Verwaltungsgerichts Stuttgart vom 27. Januar 2015 - 3 K 1773/14 -,
 - 2. mittelbar gegen
- § 2 Abs. 1 des Rundfunkbeitragsstaatsvertrags vom 15. Dezember 2010 (RBStV) in Verbindung mit dem Baden-Württembergischen Zustimmungsgesetz

1 BvR 745/17

Beratungsverfahren

ohne Debatte

- III. des Herrn B. W. Bevollmächtigter: Rechtsanwalt Prof. Dr. Thomas Koblenzer, Königsallee 14. 40212 Düsseldorf -
 - 1. unmittelbar gegen
 - a) das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 25. Januar 2017
 - BVerwG 6 C 15.16 -,
 - b) das Urteil des Verwaltungsgerichtshofs Baden-Württemberg vom 3. März 2016 - 2 S 1629/15 -,
 - c) das Urteil des Verwaltungsgerichts Stuttgart vom 1. Juli 2015 - 3 K 4017/14 -,
 - 2. mittelbar gegen
- § 2 Abs. 1 des Rundfunkbeitragsstaatsvertrags vom 15. Dezember 2010 (RBStV) in Verbindung mit dem Baden-Württembergischen Zustimmungsgesetz

1 BvR 981/17

- IV.der S. GmbH & Co.KG Bevollmächtige:
 - 1. Prof. Dr. Christoph Degenhart, Stormstraße 3, 90491 Nürnberg
 - Rechtsanwalt Dr. Holger Jacobj, in Sozietät Prof. Versteyl Rechtsanwälte, Kokenhorststraße 19, 30938 Burgwedel –
 - 1. unmittelbar gegen
 - a) den Beschluss des Bundesverwaltungsgerichts vom 21. März 2017 - BVerwG 6 C 5.17 -,
 - b) das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 7. Dezember 2016 - BVerwG 6 C 49.15 -,
 - 2. mittelbar gegen
- § 2 Abs. 1 des Rundfunkbeitragsstaatsvertrags vom 15. bis 21. Dezember 2010, nach Zustimmung des Landtags vom 17. Mai 2011, bekannt gemacht am 7. Juni 2011 (BayGVBI S. 258)

Vorlage 17/103

Beschlussempfehlung des Rechtsausschusses Drucksache 17/748

18. Wahl der Mitglieder für die Ausschüsse zur Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter bei dem Oberverwaltungsgericht und den Verwaltungsgerichten des Landes Nordrhein-Westfalen

ohne Debatte

Beratungsverfahren

Wahlvorschlag der Fraktion der ... Drucksache 17/

19. Nachwahl eines stellvertretenden Mitglieds des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses I (Fall Amri)

chungsausschusses I (Fall ohne Debatte

Wahlvorschlag der Fraktion der FDP Drucksache 17/762

20. Nachwahl eines Mitglieds des Kontrollgremiums gemäß § 23 des Gesetzes über den Verfassungsschutz in Nordrhein-Westfalen

Wahlvorschlag der Fraktion der AfD Drucksache 17/825

21. Zuordnung von stellvertretenden Mitgliedern der Medienkommission der Landesanstalt für Medien Nordrhein-Westfalen (LfM) zu den ordentlichen

> Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 17/747

Mitgliedern

Beratungsverfahren

Beratungsverfahren

ohne Debatte

Beratungsverfahren

ohne Debatte

22. Bestätigung der Vertreterlisten für das Versorgungswerk der Mitglieder des Landtags Nordrhein-Westfalen und des Landtags Brandenburg

Beratungsverfahren

ohne Debatte

Drucksachen 17/

23. Über- und außerplanmäßige Ausgaben im 2. Quartal des Haushaltsjahres 2017

Beratungsverfahren

ohne Debatte

Antrag des Ministeriums der Finanzen gemäß Artikel 85 Absatz 2 LV Vorlage 17/111

Beschlussempfehlung und Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 17/826

24. In den Ausschüssen erledigte Anträge

hier: Übersicht 1

gem. § 82 Abs. 2 GO

Drucksache 17/827

Abstimmungsergebnisse der Ausschüsse

Beratungsverfahren

ohne Debatte

25. Beschlüsse zu Petitionen

Beratungsverfahren

Übersicht 17/4

ohne Debatte

Ende: 18.00 Uhr

André Kuper - Präsident -

Die Empfehlungen des Ältestenrates (Redezeiten und Überweisungen) sind neben jedem Tagesordnungspunkt vermerkt.